



Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt

Wie wird die neue Verfassung des Irak den Forderungen von Schiiten und Kurden nach einer angemessenen Vertretung gerecht werden? Welche – und wie viele – der Sprachen, die in Afghanistan gesprochen werden, sollten in der neuen Verfassung offiziell als Amtssprache anerkannt werden? Wie wird der nigerianische Bundesgerichtshof über das Urteil eines islamischen Religionsgerichtes befinden, das für Ehebruch die Todesstrafe verhängt hat? Wird der französische Gesetzgeber den Vorschlag annehmen, dass Kopftücher und andere religiöse Symbole in öffentlichen Schulen verboten werden sollen? Wehren sich die Hispanos in den Vereinigten Staaten gegen ihre Vereinnahmung durch den Mainstream der amerikanischen Kultur? Wird es ein Friedensabkommen zur Beendigung der Kämpfe in der Elfenbeinküste geben? Wird der bolivianische Präsident nach zunehmenden Protesten indigener Völker zurücktreten? Werden die Friedensverhandlungen, die ein Ende des Konflikts zwischen Tamilen und Singhalesen in Sri Lanka herbeiführen sollen, jemals zu einem Abschluss kommen? Dies sind nur einige der Schlagzeilen aus den vergangenen Monaten. Der Umgang mit kultureller Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Solcherlei Wahlmöglichkeiten in Bezug auf die Anerkennung und das Entgegenkommen gegenüber vielfältigen Ethnien, Religionen, Sprachen und Werten, die lange Zeit als entzweierend und bedrohlich für den sozialen Frieden galten, sind unvermeidlicher Bestandteil der politischen Landschaft im 21. Jahrhundert. Politische Führer und Politiktheoretiker jeder Couleur haben sich gegen die explizite Anerkennung kultureller Identitäten ausgesprochen, ob ethnisch, religiös, sprachlich oder rassistisch. Dies hat häufig zu einer staatlichen Politik geführt, durch die kulturelle Identitäten, manchmal auf brutale Weise, unterdrückt wurden, und zwar

mittels religiöser Verfolgungen und ethnischer Säuberungen, aber auch durch Ausgrenzung im Alltagsleben und durch wirtschaftliche, soziale und politische Diskriminierung.

Neu ist heute die wachsende Bedeutung von Identitätspolitik. In völlig unterschiedlichen Kontexten und auf verschiedenste Weise machen Menschen – von indigenen Völkern in Lateinamerika über religiöse Minderheiten in Südasien und ethnischen Minderheiten auf dem Balkan und in Afrika bis hin zu Einwanderern in Westeuropa – von neuem bezüglich alter Missstände in ethnischer, religiöser, rassistischer und kultureller Hinsicht mobil. Sie fordern, dass der übrige Teil der Gesellschaft ihre jeweilige Identität zur Kenntnis nimmt, wertschätzt und ihr entgegenkommt. Diese Bevölkerungsgruppen, die sich diskriminiert und von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Chancen ausgeschlossen sehen, fordern auch soziale Gerechtigkeit. Neu ist heute auch die wachsende Bedeutung von Bewegungen, die Zwang ausüben und damit eine Bedrohung der kulturellen Freiheit darstellen. Außerdem – und das im Zeitalter der Globalisierung – sind neuartige politische Ansprüche und Forderungen entstanden, hervorgebracht von Einzelpersonen, Gemeinschaften und Ländern, die das Gefühl haben, dass ihre lokale Kultur weggeschwemmt wird. Sie wollen sich in einer globalisierten Welt ihre Vielfalt bewahren.

Warum gibt es heute diese Bestrebungen? Es handelt sich ja nicht um isolierte Bewegungen. Sie sind vielmehr Teil eines historischen Prozesses des sozialen Wandels, des Kampfes um kulturelle Freiheit, der neuen Grenzziehungen beim Fortschreiten der menschlichen Freiheiten und der Demokratie. Sie werden vorangetrieben und geformt durch die immer weitere Verbreitung der Demokratie, die diesen Bewegungen mehr politischen Raum zum Protestieren gibt, und die fortschreitende Globali-

Der Umgang mit kultureller Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit

Kulturelle Freiheit ist ein ganz wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung

sierung, durch die neue Netzwerke von Bündnispartnern geschaffen werden und neue Herausforderungen entstehen.

Kulturelle Freiheit ist ein ganz wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung; denn die Chance, sich für die eigene Identität zu entscheiden – also dafür, wer man ist – ohne den Respekt der Anderen zu verlieren oder von anderen Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, ein erfülltes Leben zu führen. Menschen wünschen sich die Freiheit, ihre Religion offen zu praktizieren, ihre Sprache zu sprechen, ihre ethnische oder religiöse Herkunft ausleben zu können, ohne Angst davor haben zu müssen, dass man sich über sie lächerlich macht oder sich dadurch ihre Chancen verringern. Menschen wünschen sich auch die Freiheit, an der Gesellschaft teilhaben zu können, ohne sich von dem kulturellen Halt lösen zu müssen, für den sie sich entschieden haben. Das ist zwar eine einfache Vorstellung, aber sie ruft tiefe Beunruhigung hervor.

Die Staaten sehen sich der dringenden Herausforderung gegenüber, auf diese Wünsche einzugehen. Wenn dies gelingt, kann mehr Anerkennung für die unterschiedlichen Identitäten zu einer größeren kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft führen und zu einer Bereicherung für die Menschen werden. Es besteht jedoch auch eine große Gefahr.

Wenn diese Bestrebungen um kulturelle Identität nicht oder nur schlecht gesteuert werden, können sie sich rasch zu einer der größten Ursachen für innerstaatliche und zwischenstaatliche Instabilität entwickeln und dabei Konflikte auslösen, aufgrund derer die Entwicklung zurückgeworfen wird. Eine Identitätspolitik, durch die bestimmte Menschen und Gruppierungen polarisiert werden, verursacht Verwerfungen zwischen „uns“ und „den Anderen“. Das Anwachsen von Misstrauen und Hass bedroht den Frieden, die Entwicklung und die menschlichen Freiheiten. Erst im vergangenen Jahr wurden durch ethnische Gewalt Hunderte von Häusern und Moscheen im Kosovo und in Serbien zerstört. Bei terroristischen Bombenanschlägen auf Züge in Spanien wurden fast 200 Menschen getötet. Durch konfessionell motivierte Gewalt sind Tausende von

Moslems ums Leben gekommen und weitere Tausende aus ihren Heimatorten in Gujarat und anderen Teilen von Indien, das ja Vorreiter des kulturellen Miteinander ist, vertrieben worden. Eine Welle von Übergriffen gegen Einwanderer hat auch den Glauben der Norweger in ihr felsenfestes Bekenntnis zur Toleranz erschüttert.

Bestrebungen um Identität können auch zu einer repressiven und fremdenfeindlichen Politik führen, durch die menschliche Entwicklung gehemmt wird. Sie können einen Rückzug auf Konservatismus und das Ablehnen von Veränderungen fördern, wodurch der Zustrom von Ideen und von Menschen, welche die kosmopolitischen Werte und die Kenntnisse und Fähigkeiten mitbringen, die für ein Fortschreiten der Entwicklung sorgen, abgeriegelt wird.

Die Steuerung der Vielfalt und die Rücksichtnahme auf kulturelle Identitäten stellen nicht nur für ein paar wenige „Vielvölkerstaaten“ eine Herausforderung dar. Kaum ein Land ist von seiner ethnischen Zusammensetzung her völlig homogen. In den knapp 200 Ländern, die es auf der Welt gibt, leben rund 5.000 verschiedene ethnische Gruppierungen. In zwei Dritteln aller Länder gibt es eine oder mehrere größere Minderheiten, also eine ethnische oder religiöse Gruppe, die mindestens 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Gleichzeitig hat sich auch das Tempo der weltweiten Wanderungsbewegungen erhöht, mit enormen Auswirkungen für bestimmte Länder und Städte. Fast die Hälfte der Einwohner von Toronto wurde außerhalb Kanadas geboren. Viele der Zugewanderten unterhalten weiterhin enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern, enger noch als die Einwanderer im vergangenen Jahrhundert. Auf die eine oder andere Weise ist heutzutage jedes Land eine multikulturelle Gesellschaft, in der Volks-, Religions- oder Sprachgemeinschaften zusammenleben, die gemeinsame Bindungen an ihre eigene Tradition, Kultur, Werte und Lebensweise haben.

Kulturelle Vielfalt wird es immer geben, und zwar in zunehmendem Ausmaß. Staaten müssen Wege und Mittel finden, inmitten der ganzen Vielfalt ihre nationale Einheit herzustellen. Unsere Welt, die ja wirtschaftlich immer

stärker zusammenwächst, kann nicht funktionieren, wenn die Menschen nicht gegenseitig ihre Vielfalt respektieren und durch gemeinsame menschliche Bindungen zur Einheit finden. Im Zeitalter der Globalisierung können sich weder einzelne Staaten noch die internationale Gemeinschaft als Ganzes leisten, die bestehenden Forderungen nach kultureller Anerkennung zu ignorieren. Dabei ist davon auszugehen, dass es immer häufiger zu Konfrontationen auf der Ebene von Kultur und Identität kommen wird. Denn durch erleichterte Kommunikation und Reisemöglichkeiten ist die Welt kleiner geworden, die Landschaft der kulturellen Vielfalt hat sich verändert, und die Verbreitung von Demokratie, Menschenrechten und neuen globalen Netzwerken hat bessere Möglichkeiten geschaffen, für eine Sache mobil zu machen, eine Antwort zu verlangen und diese auch zu bekommen.

Fünf Mythen gilt es zu entlarven. Politische Handlungsansätze, die kulturelle Identitäten anerkennen und die Entfaltung der Vielfalt fördern, führen eben nicht zu Fragmentierung, Konflikten, Schwächung der Entwicklung oder autoritärer Herrschaft. Eine solche Politik ist sowohl möglich als auch nötig, denn Spannungen entstehen ja oft gerade durch die Unterdrückung von Gruppierungen, die sich mit ihrer Kultur identifizieren.

Dieser Bericht ist ein Plädoyer dafür, Vielfalt zu respektieren und eine diese stärker einbeziehende Gesellschaft aufzubauen, indem politische Handlungskonzepte übernommen werden, die kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen – eine multikulturelle Politik. Aber warum hat man dann viele kulturelle Identitäten so lange unterdrückt oder ignoriert? Ein Grund liegt in der Auffassung vieler Menschen, dass es zwar theoretisch erstrebenswert ist, Entfaltungsmöglichkeiten für diese Vielfalt zu bieten, dass dies in der Praxis jedoch den Staat schwächen, zu Konflikten führen und Entwicklung hemmen kann. Aus dieser Sicht kann man mit Vielfalt am besten umgehen, indem man die einzelnen Gruppierungen nach der Vorgabe eines einzigen landesweit gültigen Stan-

dards assimiliert, was dazu führen kann, dass kulturelle Identitäten unterdrückt werden. Dieser Bericht will jedoch aufzeigen, dass es sich hierbei nicht um Prämissen handelt, sondern um Mythen. Es wird darin die Auffassung vertreten, dass ein multikultureller politischer Ansatz nicht nur wünschenswert, sondern auch realisierbar und nötig ist. Ohne einen derartigen Ansatz können die Probleme, die man in der Vorstellung mit Vielfalt verknüpft, zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen werden.

Mythos Nr. 1: Die ethnischen Identitäten der Menschen stehen in Konkurrenz zu deren Verbundenheit mit dem Staat. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die staatliche Einheit verzichtet werden.

Dem ist nicht so. Einzelne können mehrere sich ergänzende Identitäten haben und haben dies auch tatsächlich: ihre Volkszugehörigkeit, Sprache, Religion und Rasse wie auch ihre Staatsangehörigkeit. Genauso wenig ist Identität ein Nullsummenspiel. Es ist nicht unbedingt erforderlich, eine Wahl zwischen staatlicher Einheit einerseits und der Anerkennung kultureller Unterschiede andererseits zu treffen.

Ein Gefühl der Identität und der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die über gemeinsame Werte und andere kulturelle Bindungen verfügt, ist für den Einzelnen sehr wichtig. Jedes Individuum kann sich jedoch mit vielen unterschiedlichen Gruppierungen gleichzeitig identifizieren. Zur Identität des Menschen gehören Staatsangehörigkeit (z.B. Franzose oder Französin zu sein), Geschlecht (z.B. Frau zu sein), Rasse (z.B. westafrikanischer Herkunft zu sein), Sprache (z.B. fließend Thai, Chinesisch und Englisch zu sprechen), politische Einstellung (z.B. linksorientiert zu sein) und Religionszugehörigkeit (z.B. Buddhist zu sein).

Identität beinhaltet außerdem ein Element der Wahlmöglichkeit: Innerhalb der Zugehörigkeit zu diesen Gruppierungen kann sich der Einzelne dafür entscheiden, in unterschiedlichen Zusammenhängen die eine Gruppenzugehörigkeit einer anderen vorzuziehen. Mexikanischstämmige Amerikaner können beispielsweise in der US-Armee dienen und gleich-

Dieser Bericht ist ein Plädoyer dafür, Vielfalt zu respektieren und eine diese stärker einbeziehende Gesellschaft aufzubauen, indem politische Handlungskonzepte übernommen werden, die kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen – eine multikulturelle Politik

*Länder sind nicht
gezwungen, sich
zwischen nationaler
Einheit und kultureller
Vielfalt zu entscheiden*

zeitig Fans der Fußballnationalmannschaft von Mexiko sein. Viele weiße Südafrikaner haben sich dafür entschieden, die Apartheid als Südafrikaner zu bekämpfen. Soziologen weisen zwar darauf hin, dass es bei den Menschen Grenzziehungen der Identität gibt, die „uns“ von „den Anderen“ abtrennen, doch verschieben sich und verschwimmen diese Grenzen, so dass sie immer größere Gruppen von Menschen umfassen.

Das „Nation-Building“ war eine beherrschende Zielsetzung des 20. Jahrhunderts, und die meisten Staaten haben sich darum bemüht, kulturell homogene Staatsgefüge mit einer gemeinsamen Identität aufzubauen. Manchmal hatten sie damit Erfolg, doch nur um den Preis von Unterdrückung und Verfolgung. Wenn die Geschichte des 20. Jahrhunderts etwas gezeigt hat, dann ist es, dass der Versuch, kulturelle Gruppierungen entweder zu beseitigen oder sie wegzuwünschen, hartnäckigen Widerstand hervorruft. Im Gegensatz dazu hat die Anerkennung kultureller Identitäten dazu geführt, dass nie enden wollende Spannungen aufgelöst werden konnten. Aus praktischen wie auch aus moralischen Gründen ist es daher viel besser, wenn man kulturellen Gruppierungen entgegenkommt als wenn man versucht, sie auszuschalten oder so tut, als gäbe es sie gar nicht.

Länder sind nicht gezwungen, sich zwischen nationaler Einheit und kultureller Vielfalt zu entscheiden. Umfragen haben ergeben, dass beide nebeneinander existieren können und dies auch häufig tun. In Belgien antwortete die überwältigende Mehrzahl der befragten Bürger, dass sie sich sowohl als Belgier als auch als Flamen oder Wallonen fühlen; in Spanien, dass sie sich zwar als Katalanen oder Basken, aber auch als Spanier fühlen.

Diese und andere Länder haben sich sehr angestrengt, Raum für vielfältige Kulturen zu schaffen. Sie haben sich außerdem sehr darum bemüht, Einheit zu schaffen, indem sie den Respekt für Identitäten und das Vertrauen in staatliche Institutionen gefördert haben. Diese Staaten haben zusammengehalten. Einwanderer müssen sich nicht von der Verbundenheit mit ihren Familien in ihrem Heimatland lossagen, um eine Loyalität zu ihrer neuer Heimat aufbauen zu können. Befürchtungen, dass Ein-

wanderer das Land fragmentieren könnten, wenn sie sich nicht „anpassen“, sind unbegründet. Anpassung ohne Wahlmöglichkeit ist kein mögliches – oder nötiges – Integrationsmodell mehr.

Bei Vielfalt und staatlicher Einheit gibt es kein Entweder-oder. Durch eine Politik der Multikulturalität lassen sich Staaten aufbauen, in denen es Vielfalt in der Einheit gibt.

Mythos Nr. 2: Ethnische Gruppierungen sind anfällig gegenüber gewaltsamen Auseinandersetzungen, weil ihre Werte miteinander kollidieren. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf den inneren Frieden verzichtet werden.

Das stimmt nicht. Es gibt kaum empirische Belege dafür, dass kulturelle Unterschiede und Wertekollisionen per se Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen darstellen.

Es stimmt allerdings, insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges, dass es nicht so sehr zwischen Staaten, als vielmehr zwischen ethnischen Gruppierungen innerhalb dieser Staaten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen ist. Was jedoch deren Ursachen angeht, so sind sich die jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen weitgehend darin einig, dass kulturelle Unterschiede für sich allein noch nicht der ausschlaggebende Faktor sind. Manche Forscher vertreten sogar den Standpunkt, dass kulturelle Vielfalt die Konfliktgefahr vermindere, da sie die Mobilmachung von Gruppen erschwert.

Entsprechende Studien liefern unterschiedliche Erklärungen für diese Kriege: wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den einzelnen Gruppierungen wie auch Kämpfe um die politische Macht, Grund und Boden und andere Wirtschaftsgüter. Auf den Fidschi-Inseln haben fidschianische Ureinwohner aus Angst, dass man ihnen ihr Land wegnehmen will, einen Putsch gegen die von indischstämmigen Fidschianern beherrschte Regierung organisiert. In Sri Lanka wurde ein bereits seit Jahrzehnten anhaltender bürgerkriegsähnlicher Zustand dadurch ausgelöst, dass zwar die singhalesische Bevölkerungsmehrheit an die politische Macht gelangte, die tamilische Minderheit aber wei-

terhin mehr Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen hatte. In Burundi und Ruanda waren zu unterschiedlichen Zeitpunkten sowohl Tutsi als auch Hutu von wirtschaftlichen Chancen und politischer Mitbestimmung ausgeschlossen.

Kulturelle Identität spielt bei Konflikten dieser Art sicherlich eine Rolle, wenn auch nicht als Ursache, sondern als Triebkraft für politische Mobilisierung. Um ihre Anhänger „aufzuwiegen“, beschwören Führer eine gemeinsame Identität, deren Symbole und historische Missstände. Fehlende kulturelle Anerkennung kann auch ein Auslöser für die Mobilisierung von Gewalt werden. Zwar war die tief greifende Ungleichheit eigentliche Ursache der Soweto-Unruhen im Jahr 1976 in Südafrika, konkret ausgelöst wurden sie jedoch durch Bestrebungen, den von Schwarzen besuchten Schulen Afrikaans als Unterrichtssprache aufzuzwingen.

Während das Nebeneinander kulturell voneinander abgegrenzter Gruppierungen nicht schon an sich eine Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen darstellt, ist es gefährlich, wenn zugelassen wird, dass sich die wirtschaftliche und politische Ungleichheit zwischen diesen Gruppierungen verschärft, oder wenn kulturelle Unterschiede vertuscht werden. Denn kulturelle Gruppierungen lassen sich leicht dafür mobilisieren, sich gegen solche Disparitäten zu wehren, da sie diese als Ungerechtigkeit empfinden.

Auch wenn die Alternative nicht „entweder Frieden oder Respekt für Vielfalt“ lauten kann, muss Identitätspolitik so gesteuert werden, dass sie nicht in Gewalttätigkeiten umschlägt.

Mythos Nr. 3: Kulturelle Freiheit erfordert das Eintreten für traditionelle Gebräuche. Deshalb muss im Falle der Anerkennung kultureller Vielfalt möglicherweise auf andere Prioritäten menschlicher Entwicklung, wie beispielsweise Fortschritte bei Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten, verzichtet werden.

Auch das stimmt nicht. Bei kultureller Freiheit geht es um die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten des Einzelnen, nicht um die Bewahrung

von Werten und Bräuchen als Selbstzweck in blinder Ergebenheit gegenüber der Tradition.

Kultur ist keine tote Anhäufung von Werten und Bräuchen. Sie wird vielmehr ständig neu mit Leben erfüllt, wenn Menschen ihre Werte und Bräuche hinterfragen, an veränderte Gegebenheiten anpassen und im Gedankenaustausch mit Anderen neu definieren.

Manche Leute sind der Auffassung, dass das Eintreten für Multikulturalität einen Handlungsansatz darstellt, der kulturelle Gebräuche auch dann bewahren will, wenn sie gegen Menschenrechte verstoßen, und dass die Bewegungen die kulturelle Anerkennung fordern, nicht demokratisch geführt werden. Man darf jedoch weder kulturelle Freiheit noch den Respekt für Vielfalt mit dem bedingungslosen Eintreten für die Tradition verwechseln. Kulturelle Freiheit bedeutet, dass Menschen in der Lage sind, zu leben wie sie wollen und diejenigen zu sein, die sie sein wollen, wobei ihnen ausreichende Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

„Kultur“, „Tradition“, und „Authentizität“ sind nicht mit „kultureller Freiheit“ gleichzusetzen. Sie stellen keine akzeptablen Gründe dar, warum man Praktiken zulassen sollte, die Einzelnen Chancengleichheit versagen und ihre Menschenrechte verletzen – zum Beispiel, wenn Frauen nicht das gleiche Recht auf Schulbildung zugesprochen wird wie Männern.

Interessengruppen, die von selbsternannten Führern angeführt werden, spiegeln möglicherweise nicht die Ansichten ihrer Mitglieder insgesamt wider. Es kommt nicht selten vor, dass Gruppierungen von Leuten dominiert werden, die daran interessiert sind, unter dem Vorwand von „Tradition“ den Status Quo aufrechtzuerhalten und die dann als Hüter des Traditionalismus wirken, um deren Kulturen auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren. Wer kulturelles Entgegenkommen fordert, sollte sich selbst an demokratische Grundsätze und an die Zielsetzung von menschlicher Freiheit und Menschenrechten halten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Volk der Samen in Finnland, die Autonomie genießen und diese in einem demokratisch strukturierten Parlament praktizieren, das seinen eigenen demokratischen Spielregeln folgt, aber Teil des finnischen Staatswesens ist.

Kulturelle Freiheit bedeutet, dass Menschen in der Lage sind, zu leben wie sie wollen und diejenigen zu sein, die sie sein wollen

Die Berücksichtigung kultureller Unterschiede einerseits und Menschenrechten und Entwicklung andererseits müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen

Die Berücksichtigung kultureller Unterschiede einerseits und Menschenrechten und Entwicklung andererseits müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Der Entwicklungsprozess erfordert jedoch die aktive Mitwirkung der Menschen beim Kampf für Menschenrechte sowie einen Wertewandel.

Mythos Nr. 4: Ethnisch vielgestaltige Länder sind weniger dazu in der Lage, sich weiterzuentwickeln. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die Förderung der Entwicklung verzichtet werden.

Dies ist nicht richtig. Es ist kein eindeutiger Zusammenhang, ob positiv oder negativ, zwischen kultureller Vielfalt und Entwicklung nachgewiesen.

Dennoch wird immer wieder behauptet, dass Vielfalt ein Hindernis für Entwicklung dargestellt hat. Auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass viele Gesellschaften, in denen verschiedene Volksgruppen zusammenleben, ein geringes Niveau von Einkommen und menschlicher Entwicklung aufweisen, gibt es keine Beweise dafür, dass dies mit der kulturellen Vielfalt zusammenhängt. In einer Studie wird die Auffassung vertreten, dass Vielfalt eine Ursache für die schwache Wirtschaftsleistung in Afrika war und ist; dies lässt sich jedoch darauf zurückführen, dass die politischen Entscheidungsträger eher nach ethnischen als nach nationalen Interessen vorgehen, nicht auf die Vielfalt an sich. Genauso wie es Vielvölkerstaaten gibt, die wirtschaftlich auf der Stelle treten, so gibt es auch andere, die bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen haben. Malaysia, dessen Bevölkerung zu 62 Prozent aus Malaien und anderen indigenen Gruppierungen sowie 30 Prozent Chinesen und acht Prozent Indern besteht, hatte im Zeitraum 1970–90, den Jahren, als es eine gezielte Antidiskriminierungspolitik betrieb, das zehnthöchste Wirtschaftswachstum der Welt. Mit Rang 64 steht Mauritius von allen Staaten Afrikas südlich der Sahara am weitesten oben im Index für menschliche Entwicklung. Das Land hat eine vielfältige Bevölkerung afrikanischer, indischer, chinesischer und europäischer Abstammung, davon 50 Prozent Hindus, 30 Prozent Christen und 17 Prozent Moslems.

Mythos Nr. 5: Manche Kulturen sind eher als andere dazu in der Lage, Entwicklungsfortschritte zu machen, und manche Kulturen verfügen im Gegensatz zu anderen über inhärente demokratische Werte. Deshalb muss im Falle des Entgegenkommens gegenüber bestimmten Kulturen auf die Förderung von Entwicklung und Demokratie verzichtet werden.

Auch dies ist nicht richtig. Weder statistische Analysen noch historische Untersuchungen ergeben Anhaltspunkte für einen kausalen Zusammenhang zwischen Kultur und wirtschaftlichem Fortschritt oder Demokratie.

Kultureller Determinismus, also die Vorstellung, dass die Kultur einer Gruppierung die Erklärung für deren Wirtschaftsleistung und demokratische Fortschritte bietet, für die sie entweder hinderlich oder förderlich ist, scheint auf den ersten Blick äußerst einleuchtend. Diese Theorien lassen sich jedoch nicht durch ökonomische Analysen oder geschichtliche Erfahrung untermauern.

Es sind viele Theorien des kulturellen Determinismus vorgebracht worden, angefangen mit der These von Max Weber, wonach die protestantische Ethik den entscheidenden Faktor für erfolgreiches Wachstum in kapitalistischen Volkswirtschaften darstellt. Auch wenn diese Theorien eine schlüssige Erklärung der Vergangenheit liefern, so sind sie doch immer wieder in Bezug auf Zukunftsprognosen widerlegt worden. Denn als Webers Theorie der protestantischen Ethik in Umlauf gelangte, hatten die katholischen Länder (Frankreich und Italien) bereits ein höheres Bevölkerungswachstum als das protestantische Großbritannien oder Deutschland. Daraufhin wurde die Theorie erweitert und sollte sich nun auf die christliche oder westliche Kultur allgemein beziehen. Als Japan, Südkorea, Thailand und andere ostasiatische Länder plötzlich nie da gewesene Wachstumsraten erzielten, musste die Ansicht, dass konfuzianische Werte wachstumshemmend seien, über Bord geworfen werden.

Das Verstehen kultureller Traditionen kann Verständnis für menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Triebkräfte schaffen, die die Ergebnisse des Entwicklungsprozesses be-

einflussen. Dieses Verständnis liefert jedoch keine großartige Theorie für den Zusammenhang von Kultur und Entwicklung. Wenn man beispielsweise die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum untersucht, dann stellen sich die Wirtschaftspolitik, die geographischen Gegebenheiten und die Belastung durch Krankheiten als in höchstem Maße relevante Faktoren heraus. Die Kultur hingegen ist in diesem Zusammenhang nicht signifikant. Es spielt also keine erhebliche Rolle, ob eine Gesellschaft vom Hinduismus oder vom Islam geprägt ist.

Dasselbe gilt für die Demokratie. In die politische Diskussion beginnt eine Neuauflage des kulturellen Determinismus Einzug zu halten, die das Scheitern der Demokratisierung in der nicht-westlichen Welt auf inhärente kulturelle Charakteristika wie Intoleranz und „autoritäre Werte“ zurückführt. Auf globaler Ebene vertreten einige Theoretiker die These, dass im 21. Jahrhundert ein „Zusammenprall der Zivilisationen“ stattfinden werde und die Zukunft demokratischer und toleranter westlicher Staaten durch nicht-westliche Staaten mit einem autoritäreren Wertesystem bedroht sei. Hier ist Skepsis angebracht, schon allein deshalb, weil diese Theorie die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der „Zivilisation“ überzeichnet und die Aspekte, in denen sie sich ähneln, ignoriert.

Außerdem hat ja der Westen nicht Demokratie oder Toleranz für sich gepachtet. Es gibt historisch keine eindeutige Trennlinie zwischen einem toleranten und demokratischen Westen und einem despotischen Osten. Plato und Augustinus waren in ihrem Denken nicht weniger autoritär als Konfuzius und Kautilya. Vorkämpfer der Demokratie hat es nicht nur in Europa, sondern auch anderswo gegeben. Man denke nur an Akbar, der im Indien des 16. Jahrhunderts religiöse Toleranz predigte, oder Prinz Shotoku, der im Japan des siebten Jahrhunderts eine Verfassung (*kempo*) einführte, in der nachdrücklich betont wurde, dass „Entscheidungen in wichtigen Angelegenheiten nicht durch eine Person allein getroffen, sondern von vielen gemeinsam beraten werden sollten“. Die Auffassung, dass bei Entscheidungen über wichtige öffentliche Angelegenheiten Mitbestimmung erfolgen soll, war und ist ein zentraler Bestandteil vieler Traditionen in Afrika und anderen Teilen

der Welt. Jüngere Erkenntnisse aus der Welt-Werte-Erhebung zeigen, dass Menschen in islamischen Ländern demokratische Werte genauso sehr unterstützen wie Menschen in nicht-islamischen Ländern.

Ein Grundproblem bei diesen Theorien ist die ihnen zugrunde liegende Annahme, dass Kultur etwas im Wesentlichen Festgelegtes und Unveränderliches sei, wodurch sich die Welt fein säuberlich in einzelne „Zivilisationen“ oder „Kulturen“ einteilen ließe. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass es in Gesellschaften zwar eine große Kontinuität von Werten und Traditionen geben kann, Kulturen aber veränderlich und selten homogen sind. Nahezu alle Gesellschaften waren schon einmal einem Wertewandel unterzogen – beispielsweise im Verlauf des letzten Jahrhunderts einem Wandel der Werte bezüglich der Rolle der Frau und der Gleichberechtigung der Geschlechter. Radikale Veränderungen bei sozialen Verhaltensweisen hat es überall gegeben, bei Katholiken in Chile und Moslems in Bangladesch genauso wie bei Buddhisten in Thailand. Durch solche Veränderungen und Spannungen innerhalb der einzelnen Gesellschaften werden die Politik und der historische Wandel angetrieben – die anthropologische Forschung wird inzwischen von der Fragestellung beherrscht, in welcher Weise Machtverhältnisse sich hierauf auswirken. Paradoxe Weise wächst jetzt, nachdem die Anthropologen gerade von der Vorstellung Abschied genommen haben, dass Kultur ein begrenztes und festgelegtes gesellschaftliches Phänomen sei, das allgemeine politische Interesse daran, die grundlegenden Werte und Charakterzüge von „Völkern und deren Kultur“ herauszufinden.

Die Theorien des kulturellen Determinismus verdienen eine kritische Beurteilung, da von ihnen gefährliche Konsequenzen für die Politik ausgehen. Sie können die Unterstützung für nationalistische Politikmaßnahmen nähren, die „minderwertige“ Kulturen, von denen behauptet wird, dass sie der nationalen Einheit, Demokratie und Entwicklung im Wege stehen, verunglimpfen oder unterdrücken. Derartige Angriffe auf kulturelle Werte schüren dann gewalttätige Reaktionen, die Nahrung für Spannungen innerhalb und zwischen Nationen abgeben können.

Eine Neuauflage des kulturellen Determinismus beginnt Einzug zu halten

Kulturelle Freiheit ist ein Grundrecht des Menschen und ein wichtiger Aspekt menschlicher Entwicklung – und daher wert, dass sich der Staat ihrer annimmt und entsprechend handelt

Menschliche Entwicklung erfordert mehr als Gesundheit, Bildung, einen angemessenen Lebensstandard und politische Freiheit. Der Staat muss die kulturellen Identitäten der Menschen anerkennen und ihnen gerecht werden, und die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Identitäten frei zum Ausdruck zu bringen, ohne dass man sie deswegen in anderen Bereichen ihres Lebens diskriminiert. Kurz gesagt: Kulturelle Freiheit ist ein Grundrecht des Menschen und ein wichtiger Aspekt menschlicher Entwicklung – und daher wert, dass sich der Staat ihrer annimmt und entsprechend handelt.

Menschliche Entwicklung ist ein Prozess, durch den die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert werden, in ihrem Leben das zu tun und zu sein, worauf sie Wert legen. Frühere Ausgaben des *Berichts über die menschliche Entwicklung* haben den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Ausweitung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten gelegt, um dies zu fördern. Sie haben Wege erkundet, wie durch eine Politik, die für faires Wachstum, mehr soziale Chancen und eine vertiefte Demokratie sorgt, diese Wahlmöglichkeiten für Alle erhöht werden können.

Eine Dimension der menschlichen Entwicklung, die sich allerdings schwer messen lässt und gar nicht leicht zu fassen ist, hat entscheidende Bedeutung: Kulturelle Freiheit ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen so leben können, wie es ihnen gefällt. Die Weiterentwicklung der kulturellen Freiheit muss ein zentraler Aspekt menschlicher Entwicklung sein und über die Schaffung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten hinausgehen, weil diese allein noch keine kulturelle Freiheit garantieren.

Bei kultureller Freiheit geht es darum, den Menschen die Freiheit zu lassen, ihre Identität selber zu wählen und ein Leben zu leben, auf das sie Wert legen, ohne dadurch von anderen Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, die für sie wichtig sind (wie z.B. Bildung, Gesundheit oder Arbeitsplätze). In der Praxis gibt es zwei Formen kultureller Ausgrenzung. Die erste davon ist die Ausgrenzung aufgrund der Le-

bensweise, die einem Lebensstil, den eine Gruppierung für sich gewählt hat, die Anerkennung und jedes Entgegenkommen verweigert, und die darauf besteht, dass jeder Einzelne genau wie alle Anderen in der Gesellschaft leben muss. Beispiele hierfür sind religiöse Unterdrückung oder das Beharren darauf, dass Einwanderer ihre kulturellen Bräuche und ihre Sprache aufgeben. Die zweite Form der Ausgrenzung ist der Ausschluss von Beteiligungsmöglichkeiten, wenn also Menschen aufgrund ihrer kulturellen Identität diskriminiert werden oder hinsichtlich sozialer, politischer und wirtschaftlicher Chancen Benachteiligungen erleiden.

Beide Arten von Ausgrenzung sind weit verbreitet, auf allen Kontinenten, in jedem Stadium der Entwicklung, in Demokratien wie auch in autoritären Staaten. Der Datensatz *Gefährdete Minderheiten*, ein Forschungsvorhaben, das sich auch mit Fragestellungen im Zusammenhang mit kultureller Ausgrenzung befasst und weltweit die Situation von Minderheitsgruppen untersucht hat, schätzt, dass beinahe eine Milliarde Menschen – also fast jeder siebte Mensch – Gruppen angehören, die in irgendeiner Weise entweder einer Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise oder in Bezug auf Beteiligungsmöglichkeiten ausgesetzt sind, von der andere Gruppen im selben Staat nicht betroffen sind.

Dieses Spektrum wird natürlich durch Formen der Unterdrückung kultureller Freiheit abgerundet. Die extremste davon ist ethnische Säuberung, gefolgt von formalen Einschränkungen bei der Ausübung von Religion, Sprache und Bürgerrechten. Häufiger ist kulturelle Ausgrenzung jedoch darauf zurückzuführen, dass es ganz einfach an der Anerkennung oder dem Respekt für die Kultur und das Brauchtum Anderer mangelt – oder dass manche Kulturen als minderwertig, primitiv oder unzivilisiert betrachtet werden. Dies kann in staatlicher Politik zum Ausdruck kommen, so beispielsweise in nationalen Kalendern, in denen die religiösen Feiertage von Minderheiten nicht berücksichtigt werden, in Schulbüchern, in denen das von Minderheitsführern Erreichte unterschlagen oder geschmälert wird, und in der einseitigen Förderung von Literatur und anderer Kunst, mit der die Errungenschaften der dominanten Kultur gefeiert wird.

Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise überschneidet sich häufig mit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung durch Diskriminierung und Benachteiligung bei Arbeitsplätzen, Wohnraum, Schulbildung und politischer Vertretung. Bei den berufsgebundenen Kasten in Nepal beträgt die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren mehr als 17 Prozent, verglichen mit rund sieben Prozent bei den Newar und Brahmanen. In Serbien und Montenegro haben 30 Prozent aller Roma-Kinder keine Grundschule besucht. Lateinamerikaner europäischer Herkunft verweisen oft stolz darauf, dass sie „farbenblind“ seien und behaupten, dass es ihre Staaten auch seien. Dabei sind überall auf dem Kontinent indigene Gruppen ärmer und politisch weniger stark repräsentiert als die nicht indigenen. So wird beispielsweise geschätzt, dass in Mexiko das Einkommen von 81 Prozent der Angehörigen indigener Bevölkerungsgruppen unter der Armutsgrenze liegt, gegenüber 18 Prozent bei der Gesamtbevölkerung.

Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise und Ausschluss von Beteiligungsmöglichkeiten überschneiden sich jedoch nicht immer. So sind beispielsweise die chinesischstämmigen Bewohner Südostasiens wirtschaftlich dominant, wurden und werden jedoch in kultureller Hinsicht ausgeschlossen, beispielsweise durch Beschränkungen für chinesischsprachige Schulen, ein Verbot von Veröffentlichungen in chinesischer Sprache und sozialen Druck, der auf sie ausgeübt wird, damit sie lokale Namen annehmen. Häufiger verstärkt jedoch die Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise das Ausgeschlossenwerden von anderen Möglichkeiten. Dies gilt insbesondere für die Sprache. Viele Gruppen, insbesondere große Minderheiten wie die Kurden in der Türkei und die indigenen Völker Guatemalas, sind von politischer Partizipation und wirtschaftlichen Chancen ausgeschlossen, weil der Staat den Gebrauch ihrer Sprache in Schulen, bei Gericht und in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens nicht zulässt. Dies ist auch der Grund dafür, warum diese Gruppierungen sich so stark dafür einsetzen, dass ihre Sprache anerkannt wird und im Unterricht wie auch im politischen und legalen Prozess benutzt wird.

Nichts hiervon ist utopisch. Es ist nicht immer leicht, multikulturelle Politikmaßnahmen miteinzubeziehen, und eine solche Politik kann Kompromisse verlangen. Vielen Ländern gelingt es jedoch, eine multikulturelle Politik zu entwickeln, durch die kulturelle Ausgrenzung thematisiert und kulturelle Freiheit gefördert wird.

Kulturelle Freiheit ergibt sich nicht einfach von selber, genauso wenig wie Gesundheit, Bildung oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch dort, wo es keine ausgesprochene Verfolgungs- oder Diskriminierungspolitik gibt, sollten sich die Regierungen deshalb verstärkt um die Förderung kultureller Freiheit annehmen.

Von einigen Seiten wird auch der Standpunkt vertreten, Menschen würden schon dann in die Lage versetzt, ihre Religion auszuüben, ihre Sprache zu sprechen und von Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche, in der Schule und vielen anderen Formen der Ausgrenzung verschont zu bleiben, wenn die bürgerlichen und politischen Rechte des Einzelnen gewährleistet werden (z.B. Religions-, Rede- und Versammlungsfreiheit). Man beruft sich darauf, dass kulturelle Ausgrenzung ein Nebenprodukt wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung sei; sobald diese überwunden sind, werde auch kulturelle Ausgrenzung automatisch verschwinden.

Dies ist nicht eingetreten. So bekennen sich viele reiche und demokratische Länder dazu, alle Bürger gleich zu behandeln, beherbergen jedoch gleichzeitig Minderheiten, denen eine angemessene politische Vertretung fehlt und für die Schikanen und erschwerten Zugang zu Angeboten des öffentlichen Lebens alltägliche Erfahrungen sind.

Die Erweiterung kultureller Freiheiten erfordert eine Politik, die sich explizit mit der Verweigerung kultureller Freiheit auseinandersetzt – eine multikulturelle Politik. Um dies zu erreichen, müssen Staaten in ihren Verfassungen, Gesetzen und Institutionen die kulturellen Unterschiede anerkennen. Sie müssen außerdem eine Politik formulieren, die sichergestellt, dass die Interessen bestimmter Gruppierungen – ob Minderheiten oder historisch marginalisierte Mehrheiten – nicht von dominanten Gruppen oder der Bevölkerungsmehrheit ignoriert oder

Vielen Ländern gelingt es, eine multikulturelle Politik zu entwickeln, durch die kulturelle Ausgrenzung thematisiert und kulturelle Freiheit gefördert wird

Etliche Modellansätze für eine multikulturelle Demokratie bieten wirksame Mechanismen für die Teilung der Macht zwischen kulturell divergieren Gruppierungen

übergangen werden. Dabei müssen sie so vorgehen, dass kein Widerspruch zu anderen Zielen und Strategien der menschlichen Entwicklung entsteht, wie der Festigung der Demokratie, der Schaffung eines handlungsfähigen Staates und der Gewährleistung von Chancengleichheit für alle Bürger. Dies ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Es gibt jedoch viele Beispiele dafür, wie Länder überall auf der Erde innovative Wege zur Steuerung kultureller Vielfalt gehen. Dieser Bericht befasst sich schwerpunktmäßig mit fünf Kernbereichen der Politik: politische Mitbestimmung, Religion, Zugang zum Rechtssystem, Sprache und Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Politik zur Sicherstellung politischer Mitbestimmung

Viele Bevölkerungsgruppen, die historisch marginalisiert wurden, sind immer noch von der Teilhabe an echter politischer Macht ausgeschlossen und fühlen sich deshalb oft durch den Staat ausgegrenzt. Manchmal beruht dies auf einem Mangel an demokratischer Mitbestimmung oder der Verweigerung politischer Rechte. In diesem Falle müsste die Demokratisierung als erste Grundvoraussetzung einer Veränderung betrachtet werden. Damit ist es jedoch nicht getan, denn selbst wenn den Angehörigen von Minderheiten in einer Demokratie gleiche politische Rechte eingeräumt werden, kann es sein, dass sie andauernd unterrepräsentiert oder überstimmt werden und ihnen deshalb die Zentralregierung als entfremdet und repressiv erscheint. Es kann nicht verwundern, dass viele Minderheiten sich gegen eine derartige Herrschaft auflehnen und nach größerer politischer Macht streben. Aus diesem Grund wird oft ein „multikulturelles“ Demokratieverständnis benötigt.

Etliche Modellansätze für eine multikulturelle Demokratie bieten wirksame Mechanismen für die Teilung der Macht zwischen kulturell divergieren Gruppierungen. Solche Regelungen zur Beteiligung spielen eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der Rechte kulturell unterschiedlicher Gruppierungen und Minderheiten und für die Verhinderung von Machtmissbrauch, ob nun aufgrund von Über-

vorteilung durch die Mehrheit oder aufgrund der Dominanz der herrschenden politischen Elite.

In Neuseeland hat sich durch eine Reform des Wahlsystems etwas an der chronischen Unterrepräsentierung der Maori geändert. Nachdem das Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht ersetzt worden, stieg bei den Wahlen von 2002 der Anteil der gewählten Vertreter der Maori gegenüber 1993 von drei Prozent auf 16 Prozent und entspricht nunmehr ihrem Anteil an der Bevölkerung. Reservierte Parlamentssitze und Quoten haben in Indien den in der Verfassung aufgeführten Stämmen und Kasten zu einer Stimme verholfen und dafür gesorgt, dass in Kroatien auch die ethnischen Minderheiten im Parlament vertreten sind.

Der Föderalismus stellt einen wichtigen Ansatz für die Teilhabe an der Macht dar. Unter dem Dutzend ethnisch vielfältiger Länder mit einer langen demokratischen Tradition gibt es in fast allen asymmetrische föderale Regelungen, denen zufolge die Untereinheiten des föderal organisierten Staates nicht alle mit denselben Befugnissen ausgestattet sind. Dadurch kann flexibler auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen eingegangen werden. Beispielsweise haben Sabah und Sarawak in Malaysia einen Sonderstatus, wie auch die Basken und 14 weitere *comunidades autonomas* in Spanien, denen in Bereichen wie Bildung, Sprache und Kultur Autonomie eingeräumt wurde.

Wieder andere indigene Völker, so zum Beispiel die Inuit in Kanada, haben für sich selbstverwaltete Gebiete ausgehandelt. Daraus lässt sich die Lehre ziehen, dass solche Regelungen bezüglich der Teilhabe an der Macht in Ländern, in denen es historisch bedingt separatistische Bewegungen gibt, so wie in Spanien, nachweislich einen entscheidenden Beitrag zur Auflösung von Spannungen geleistet haben. Werden sie rechtzeitig eingeführt, solange die Spannungen sich noch aufbauen, dann können sie gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern.

Politik zur Sicherstellung der Religionsfreiheit

Viele religiöse Minderheiten sind in unterschiedlicher Art und Weise von Ausgrenzung betroffen, und manchmal äußert sich diese als

offene Unterdrückung der Religionsfreiheit oder Diskriminierung gegen diese Gruppe, besonders häufig in nichtsäkularen Ländern, in denen es eine Staatsreligion gibt.

In anderen Fällen kann es jedoch zu einer weniger direkten und oft unbeabsichtigten Ausgrenzung kommen, so beispielsweise wenn im amtlichen Kalender die religiösen Feiertage einer Minderheit nicht berücksichtigt werden. In Indien wird die Vielfalt von Bevölkerungsgruppen anerkannt und neben fünf hinduistischen auch vier islamische und zwei christliche Feiertage sowie jeweils einen Feiertag der Buddhisten, Jainisten und Sikh offiziell begangen. In Frankreich gibt es 11 gesetzliche Feiertage, von denen fünf überkonfessionell sind, während die sechs religiösen Feiertage allesamt dem christlichen Kalender entstammen, obgleich unter der Bevölkerung sieben Prozent Moslems und ein Prozent Juden sind. In ähnlicher Weise kann auch die Kleiderordnung in öffentlichen Einrichtungen im Widerspruch zu der von der Religion vorgeschriebenen Kleidung einer Minderheit stehen, staatliche Heirats- und Erbvorschriften können von denen der Religionsgesetze abweichen oder Flächennutzungspläne können mit den Begräbnisbräuchen einer Minderheit kollidieren.

Zu Konflikten dieser Art kann es sogar in weltlich geprägten Staaten kommen, in denen es starke demokratischen Institutionen zum Schutz bürgerlicher und politischer Rechte gibt. Angesichts der tief greifenden Bedeutung von Religion für die Identität vieler Menschen überrascht es nicht, dass religiöse Minderheiten oft dazu aufrufen, sich gegen solche Formen der Ausgrenzung zu wehren. Auf manche religiöse Bräuche könnte man ohne Schwierigkeiten Rücksicht nehmen, doch oft sind damit schwierige Entscheidungen und Kompromisse verbunden. Frankreich befasst sich derzeit intensiv damit, ob das Tragen des Kopftuchs in Staatsschulen gegen den staatlichen Grundsatz der Trennung von Staat und Religion und den demokratischen Wert der Gleichberechtigung der Geschlechter verstößt, die durch staatliche Bildungsmaßnahmen vermittelt werden sollen. Und Nigeria kämpft derzeit mit der Frage, ob der Bundesgerichtshof des Landes das Urteil eines islamischen Religionsgerichtes in einem Fall von Ehebruch bestätigen soll.

Im Hinblick auf die menschliche Entwicklung ist entscheidend, dass menschliche Freiheiten und Menschenrechte erweitert werden, und dass Gleichheit anerkannt wird. Säkulare und demokratische Staaten sind am ehesten dazu in der Lage, diese Ziele zu erreichen, wenn der Staat religiöse Bräuche angemessen berücksichtigt, wenn alle Religionen im gleichen Verhältnis zum Staat stehen und wenn der Staat die Menschenrechte wahrt.

Politik für einen Rechtspluralismus

In vielen multikulturellen Gesellschaften haben indigene Völker und Angehörige anderer kultureller Gruppierungen sich für die Anerkennung ihrer traditionellen Rechtssysteme eingesetzt, damit sie Zugang zu Gerechtigkeit erhalten. So wurden beispielsweise die Maya in Guatemala jahrhundertlang unterdrückt und das staatliche Rechtssystem ist zu einem Bestandteil dieser Unterdrückung geworden. Die indigenen Gemeinschaften haben das Vertrauen in das Rechtsstaatsprinzip verloren, weil es keine Gerechtigkeit gesichert hat und weil es nicht in der Gesellschaft und ihren Werten verankert war.

Etliche Länder, so zum Beispiel Guatemala, Indien und Südafrika, entwickeln derzeit Konzepte für einen rechtlichen Pluralismus und anerkennen damit in unterschiedlicher Weise die Rolle der Justiznormen und -institutionen der einzelnen Gemeinschaften. Forderungen nach Rechtspluralismus treffen auf den Widerstand derjenigen, die befürchten, dass dadurch der Grundsatz eines einheitlichen Rechtssystems untergraben oder traditionellen Gebräuche Vorschub geleistet wird, die der Demokratie und den Menschenrechten zuwiderlaufen. Sicherlich wird es immer zu Konflikten kommen – so hat beispielsweise Südafrika derzeit mit dem Widerspruch zu kämpfen, dass nach der Staatsverfassung Frauen erbberechtigt sind, ihnen dieses Recht jedoch nach dem Gewohnheitsrecht verwehrt wird. Die einzelnen Gesellschaften müssen sich damit auseinandersetzen, dass sie echte Kompromisse eingehen, doch rechtlicher Pluralismus bedeutet nicht, dass alle traditionellen Gebräuche übernommen werden müssen. Denn die Kultur entwickelt sich

Rechtlicher Pluralismus bedeutet nicht, dass alle traditionellen Gebräuche übernommen werden müssen

Um die Ungerechtigkeiten, die historisch begründet und in der Gesellschaft verwurzelt sind, in Angriff nehmen zu können, wird eine multikulturelle Politik benötigt, die die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen anerkennt

immer weiter und kulturelle Freiheit bedeutet nicht, dass man reflexartig die Tradition rechtfertigen müsste.

Sprachenpolitik

Sprache ist in multikulturellen Staaten oft das am stärksten umstrittene Thema. Manche Länder haben Versuche unternommen, die Sprachen einzelner Bevölkerungsgruppen zu unterdrücken und deren Gebrauch als subversiv abzustempeln. Die häufigere Ursache weit verbreiteter Ausgrenzung selbst in gut etablierten Demokratien ist jedoch eine einsprachige Politik. Die Wahl der Amtssprache – der Unterrichtssprache in den Schulen, der Sprache, in der gesetzgeberische Debatten geführt und bürgerliche Mitbestimmung ausgeübt wird und der Handelssprache – formt die Begrenzungen und Vorteile, denen sich Einzelne in ihrem Leben gegenübersehen, in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. In Malawi müssen laut Verfassung alle Parlamentsabgeordneten Englisch sprechen und lesen können. In Südafrika werden als Gerichtssprachen de facto immer noch Englisch und Afrikaans gebraucht, auch wenn inzwischen neun weitere Sprachen offiziell anerkannt sind. Die Anerkennung einer Sprache bedeutet mehr als nur den Gebrauch dieser Sprache. Sie symbolisiert den Respekt für die Menschen, die diese Sprache sprechen, deren Kultur und ihre volle Einbeziehung in die Gesellschaft.

Der Staat kann vielleicht die Augen gegenüber der Religion verschließen, aber niemals die Ohren gegenüber der Sprache. Die Bürger sind darauf angewiesen, miteinander zu kommunizieren, damit sie ein Zugehörigkeitsgefühl verspüren, und die Wahl der Amtssprache symbolisiert die nationale Identität. Darum sträuben sich viele Staaten dagegen, mehrere Sprachen gelten zu lassen, selbst wenn sie sich gleichzeitig für bürgerliche und politische Freiheiten einsetzen.

Viele Länder sind dabei, Möglichkeiten zu erkunden, wie sie der doppelten Zielsetzung von Einheit und Vielfalt gerecht werden können, indem sie zwei oder drei Sprachen übernehmen, also neben der Einheit schaffenden Nationalsprache auch lokale Sprachen zulas-

sen. In zahlreichen kolonisierten Ländern hat dies bedeutet, dass neben der Verwaltungssprache (z.B. Englisch oder Französisch) auch die meistgebrauchte Lokalsprache und eine Muttersprache auf lokaler Ebene anerkannt werden. Tansania hat den Gebrauch von Kiswaheli in Schulen und Behörden neben Englisch gefördert. Indien praktiziert schon seit Jahrzehnten eine Drei-Sprachen-Formel: die Kinder werden sowohl in der Amtssprache ihres jeweiligen Bundesstaates (z.B. Bengali in Westbengalen) als auch in den beiden Amtssprachen des Landes, nämlich Hindi und Englisch, unterrichtet.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Sozioökonomische Ungerechtigkeit und Ungleichheit bei Einkommen, Schulbildung und Gesundheitsversorgung sind und bleiben das bestimmende Merkmal vieler multi-ethnischer Gesellschaften, in denen Randgruppen leben – man denke an Schwarze in Südafrika und indigene Völker in Guatemala und Kanada. Diese Ausgrenzungen sind das Ergebnis einer langen Vorgeschichte von Eroberung und Kolonisation wie auch von stark verwurzelten hierarchischen Strukturen, wie zum Beispiel Kastensystemen.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Gerechtigkeit fördert, ist für die Bestrebungen, diese Ungleichheiten aufzuheben, von entscheidender Bedeutung. Die Beseitigung von Voreingenommenheit bei den öffentlichen Ausgaben wie auch das Hinarbeiten auf eine Grundversorgung von Menschen, die über einen geringeren Gesundheits- und Bildungsstand verfügen, würde dabei helfen – aber nicht ausreichen. Um die Ungerechtigkeiten, die historisch begründet und in der Gesellschaft verwurzelt sind, in Angriff nehmen zu können, wird eine multikulturelle Politik benötigt, die die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen anerkennt. So würde es beispielsweise nicht ausreichen, wenn man einfach mehr Geld für die Schulbildung der Kinder indigener Bevölkerungsgruppen ausgibt – denn diese wären wieder benachteiligt, wenn an allen Schulen nur in der Amtssprache unterrichtet wird. Zweisprachiger Unterricht wäre hier hilfreich. Landforderungen – z.B. die Forderungen indigener

Völker nach Land mit Bodenschätzen oder dem Land, das von den weißen Kolonisten im Südlichen Afrika besiedelt wurde – können mit einer Politik, die sozioökonomische Möglichkeiten erweitert, nicht gelöst werden.

In Indien, Malaysia, Südafrika und den Vereinigten Staaten hat die Erfahrung gezeigt, dass sich durch gezielte Förderung von Minderheiten die Ungleichheiten zwischen den einzelnen Gruppierungen verringern lassen. In Malaysia hat sich das Verhältnis im Durchschnittseinkommen zwischen der chinesischen und der malaysischen Bevölkerung zwischen 1970 und 1990 von 2,3 auf 1,7 verringert. In den Vereinigten Staaten ist der Anteil schwarzer Rechtsanwälte von 1,2 Prozent auf 5,1 Prozent an der Gesamtzahl und der Anteil schwarzer Ärzte von zwei Prozent auf 5,6 Prozent gestiegen. In Indien haben die Vergabe von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, der Zugang zu höherer Bildung und die Bereithaltung von Parlamentssitzen für staatlich anerkannte Kasten und Stämme dabei geholfen, dass Angehörige dieser Gruppen der Armut entrinnen und in die Mittelschicht aufsteigen können.

Keine dieser politischen Maßnahmen ist frei von Widersprüchen, doch die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, dass Lösungen möglich sind. Man kann den zweisprachigen Unterricht wegen seiner Ineffizienz sicher in Frage stellen, doch diese ergibt sich dadurch, dass er zu wenig Unterstützung für die Sicherung seiner Qualität erfährt. Maßnahmen zur gezielten Förderung benachteiligter Gruppen kann man sicherlich in Frage stellen und behaupten, dass sie dauerhafte Ursachen von Ungleichheit schaffen oder zur Bevormundung führen – man könnte sie jedoch besser steuern. Auf diese Weise kann man auf Forderungen nach kultureller Einbeziehung eingehen. Wir müssen aber auch anerkennen, dass es heutzutage auf der Welt auch mehr Bewegungen gibt, die kulturelle Vorherrschaft anstreben und Vielfalt unterdrücken wollen.

Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft bedrohen die kulturelle Freiheit. Diese mit illegalen und undemokratischen Maßnahmen zu bekämpfen, verstößt gegen die Menschenrechte und bringt das Problem

nicht zum Verschwinden. Demokratische Auseinandersetzung ist eine wirksamere Methode, die intoleranten Zielsetzungen solcher Bewegungen bloßzustellen und ihre Anziehungskraft zu untergraben.

Menschen, die Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft anführen, glauben, dass sie selber kulturell überlegen seien, und versuchen, ihre Ideologien Anderen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Gemeinschaft aufzudrängen. Nicht alle Bewegungen dieser Art sind gewalttätig. Manche üben durch politische Kampagnen, Drohungen und Schikanen Zwang auf Andere aus. Im Extremfall setzen auch sie Gewalt ein – Übergriffe, Vertreibung, ethnische Säuberung oder gar Völkermord. Als politische Kraft droht die Intoleranz, politische Prozesse in Ländern auf der ganzen Welt an sich zu reißen. Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft nehmen die verschiedensten Formen an: Politische Parteien, Milizen, gewalttätige Gruppen, internationale Netzwerke und sogar der Staat. Es wäre naiv anzunehmen, dass demokratische Gesellschaften immun gegenüber Intoleranz und Hass sind.

Die Gründe, die dem Erstarken von Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft zugrunde liegen, umfassen oft eine manipulative Führung, Armut und Ungleichheit, schwache oder ineffektive Staaten, politische Eingriffe von außen, und Verbindungen zur Diaspora. Diese Faktoren können auch nationalistische Bewegungen anregen, die zum Beispiel nach Autonomie oder Abspaltung eines Landesteiles streben. Bewegungen mit dem Ziel nationaler Eigenständigkeit sind jedoch nicht dasselbe wie Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft. Erstens können Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft oft innerhalb der Mehrheitsgruppe, die bereits den Staat beherrscht, entstehen – man denke nur an die extrem rechten Parteien in vielen europäischen Ländern. Umgekehrt können viele Bewegungen mit dem Ziel nationaler Eigenständigkeit recht liberal sein, die Bedeutung der Rücksichtnahme auf die Vielfalt innerhalb eines autonomen Gebietes anerkennen und nur nach demselben Respekt und derselben Anerkennung streben, die andere Nationen auch genießen. Bewegungen

Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft bedrohen die kulturelle Freiheit

Die Erhaltung einer liberalen Gesellschaft hängt davon ab, dass die Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird, politische Forderungen Gehör finden und grundlegende Menschenrechte geschützt werden – einschließlich der von verabscheuungswerten Leuten

mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft unterscheiden sich durch ihre behauptete kulturelle Überlegenheit und ihre Intoleranz. Sie haben Freiheit und Vielfalt im Visier.

Die Frage ist, wie man mit ihnen umgehen kann. Häufig haben Staaten versucht, diesen Bewegungen mit repressiven und undemokratischen Methoden entgegenzutreten – durch Parteienverbote, ungesetzliche Verhaftungen und Prozesse, eine Grundrechte verletzende Gesetzgebung oder gar durch wahllose Gewaltanwendung und Folterungen. Durch diese Maßnahmen werden oft legitime politische Forderungen und Prozesse unterdrückt, was dann zu viel extremeren Reaktionen führt. Als die Islamistische Heilsfront (FIS) 1991 die erste Runde der Wahlen in Algerien gewann, intervenierte das Militär und verbot die Partei. Dies führte zu einem Bürgerkrieg, der mehr als 100.000 Menschenleben gefordert hat, und das Anwachsen intoleranter und gewalttätiger Gruppierungen anfachte.

Im Gegensatz dazu funktioniert ein demokratischer Umgang mit extremen Gruppen. Wenn man den rechtsextremen Parteien die Teilnahme an Wahlen erlaubt, können sie dazu gezwungen werden, die von ihnen vertretenen Positionen zu mäßigen, wie man an der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in Österreich oder der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung in Marokko sieht. Der Kampf um Wählerstimmen verdeutlicht die Randständigkeit anderer Gruppen (wie der Fortschrittspartei in Dänemark). Ein demokratischer Umgang verleiht Staaten außerdem die Legitimität, Hassdelikte zu verfolgen, den Lehrplan von Religionsschulen zu reformieren (so in Indonesien und Malaysia) und mit Gemeinschaftsinitiativen zur Verbesserung von Beziehungen zu experimentieren (z.B. zwischen Mozambique und Ruanda).

Die Erhaltung einer liberalen Gesellschaft hängt davon ab, dass die Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird, politische Forderungen Gehör finden und grundlegende Menschenrechte geschützt werden – einschließlich der von verabscheuungswerten Leuten. Intoleranz ist eine echte Herausforderung für kulturelle Freiheit – und gerade deshalb müssen die Mittel, mit denen man sie bekämpft, legitim sein.

Globalisierung kann eine Bedrohung für nationale und lokale Identitäten darstellen. Die Lösung hierfür liegt nicht im Rückzug auf Konservatismus und isolationistischen Nationalismus, sondern in der Erarbeitung einer multikulturellen Politik zur Förderung von Vielfalt und Pluralismus.

Bis hierher ging es darum, wie Staaten mit der Vielfalt innerhalb ihrer Landesgrenzen umgehen sollten. Im Zeitalter der Globalisierung müssen sich die Staaten aber auch Herausforderungen stellen, die von außerhalb der Grenzen kommen, und zwar in Gestalt internationaler Bewegungen von Ideen, Kapital, Waren und Menschen.

Durch die Erweiterung kultureller Freiheit in unserem Zeitalter der Globalisierung stellen sich neue Herausforderungen und Dilemmata. Die Berührungsfelder zwischen den Menschen, ihren Werten, Gedanken und Lebensweisen haben sich in nie da gewesener Weise vergrößert und vertieft. Für viele ist diese neugewonnene Vielfalt etwas Spannendes, ja Bestärkendes. Für andere wiederum ist sie beunruhigend und frustrierend. Viele befürchten, dass Globalisierung den Verlust ihrer Werte und Lebensweisen bedeuten könnte – also eine Bedrohung der lokalen und nationalen Identität. Eine extreme Reaktion besteht darin, sich völlig von ausländischen Einflüssen abzuschotten, eine Herangehensweise, die nicht nur fremdenfeindlich und konservativ, sondern geradezu rückschrittlich ist und Freiheiten und Wahlmöglichkeiten eher beschneidet als erweitert.

Dieser Bericht plädiert für einen alternativen Ansatz, der Vielfalt respektiert und fördert, dabei aber auch die Länder für globale Ströme von Kapital, Waren und Menschen offen hält. Hierfür bedarf es einer Politik, die das Ziel der kulturellen Freiheit widerspiegelt. Die Politik muss kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen und respektieren. Sie muss sich weiterhin mit Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen und politischen Macht, die zu einem Verlust von Kulturen und Identitäten führt, auseinandersetzen.

Alternativen dieser Art werden auf drei heiß umstrittenen Gebieten entwickelt und diskutiert:

- Indigene Völker sprechen sich gegen Investitionen in die Grundstoffindustrie und die widerrechtliche Aneignung ihres traditionellen Wissens aus, da dadurch ihre Lebensgrundlagen bedroht sind.
- Länder fordern, dass Kulturgüter (vor allem Filme und audiovisuelle Erzeugnisse) nicht wie die anderen Waren im internationalen Handel behandelt werden, da Importe von Kulturgütern die nationale Kulturindustrie schwächen können.
- Migranten fordern Rücksichtnahme auf ihren Lebensstil und Respekt für die Mehrfach-Identitäten, die sie sowohl innerhalb der örtlichen Gemeinschaft als auch in ihrem Herkunftsland haben. Lokale Gemeinschaften wiederum fordern, dass sich die Einwanderer anpassen oder dass sie zurückgeschickt werden, aus Angst, dass ihre Gesellschaften auseinander gerissen und dass die nationalen Werte und die nationale Identität ausgehöhlt werden.

Wie kann man diesen Forderungen gerecht werden? Wie sollte Vielfalt respektiert und die bestehenden Ungleichheiten angegangen werden?

Indigene Völker, rohstoffgewinnende Industrien und traditionelles Wissen

Investitionsvorhaben, die die Rechte der indigenen Völker an ihrem Land und dessen kultureller Bedeutung wie auch dessen Wert als wirtschaftliche Ressource missachten, werden unweigerlich auf Widerstand stoßen. Das Gleiche gilt für die Patentierung von traditionellem Wissen unter denselben Bedingungen. Hierbei sind drei Grundsätze von entscheidender Bedeutung: Die Anerkennung der Rechte indigener Völker an ihrem Wissen und ihrem Land, die Sicherstellung eines Mitbestimmungsrechtes für indigene Gruppen (Einholung ihrer Einwilligung in Kenntnis der Sachlage) und die Entwicklung von Strategien für einen Vorteilsausgleich.

Unternehmen und nationale Regierungen ergreifen, wenn auch noch in begrenztem Maße, Initiativen, bei der Entwicklung neuer Investitionsvorhaben mit indigenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten. In Peru haben die Re-

gierung und die Unternehmen ihre Lehre aus früheren Konfrontationen gezogen und beziehen seit dem Jahr 2001 indigene Gemeinschaften in den Entscheidungsfindungsprozess im Zink- und Kupferbergwerk von Antamina mit ein. In Papua-Neuguinea wird der Abbau von Bodenschätzen von Investitionen in Projekte der Gemeindeentwicklung begleitet. Gemeinsame Unternehmungen von Bergbauunternehmen und indigenen Völkern in Nordamerika und Australien haben finanzielle Vorteile gebracht, während gleichzeitig traditionelle Lebensweisen erhalten werden konnten.

Die Regierungen vieler Länder unternehmen Schritte zur Anerkennung von traditionellem Wissen. Bangladesch anerkennt die Rechte von Gemeinschaften an biologischen Ressourcen und dem damit verbundenen traditionellen Wissen. Die demokratische Volksrepublik Laos dokumentiert Wissen in ihrem Zentrum für Traditionelle Arzneimittelressourcen. Südafrika hat zugesagt, mit den San-Buschleuten die Erlöse aus dem Verkauf von Medikamenten zu teilen, die auf der Grundlage ihres Wissens entwickelt werden. Länder haben bereits Möglichkeiten gefunden, wie sie die bestehenden Mechanismen zum Schutz von geistigem Eigentum nutzen können, um traditionelles Wissen zu schützen. Gebrauchsmuster werden genutzt, um Teppiche und Kopfbedeckungen in Kasachstan zu schützen. Geographische Herkunftsangaben schützen Spirituosen und Tees in Venezuela oder Vietnam. Urheberrechte und Warenzeichen werden für traditionelle Kunst in Australien und Kanada nutzbar gemacht.

Die Anerkennung von Vielfalt bedeutet, dass unterschiedliche Vorstellungen von Eigentumsrechten und der kulturellen Bedeutung von Wissen und Kunstformen im Rahmen globaler Ordnungen berücksichtigt werden sollen. Dies erfordert ein internationales Vorgehen. Wenn durch bestehende Schutzrechtsnormen traditionelles Kollektivwissen oder das mit ihm verbundene gemeinschaftliche Eigentum nicht ausreichend berücksichtigt werden können, dann müssen eben die Regeln überarbeitet werden. Kredite, die an Länder und Firmen für Projekte vergeben wurden, die sich unrechtmäßig Eigentum aneignen oder Gemeinschaften nicht entschädigen, sollten gekündigt werden.

Die Regierungen vieler Länder unternehmen Schritte zur Anerkennung von traditionellem Wissen

*Kein Land hat jemals
Fortschritte erzielt,
indem es seine Grenzen
geschlossen hat*

Kulturgüter

Sollten Kulturgüter im Rahmen des internationalen Handels geschützt werden, um zum Schutz von kultureller Vielfalt auf der Welt beizutragen? Handelt es sich bei Filmen und audiovisuellen Erzeugnissen um Kulturgüter? Zwei Grundsätze sind hierbei von entscheidender Bedeutung: Anerkennung der Rolle von Kulturgütern für das Gedeihen von Kreativität und Vielfalt, und Anerkennung der Benachteiligung von kleinen Film- und AV-Industrien auf dem Weltmarkt.

Die Vielfalt von Kulturgütern stellt schon für sich allein einen Wert dar, weil sie die Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher vergrößert und die kulturelle Erfahrung der Menschen bereichert. Aber auch Kulturgüter genießen Massenproduktionsvorteile. Daher tendieren die Produkte großer Hersteller dazu, die Erzeugnisse kleinerer Hersteller zu verdrängen, insbesondere in ärmeren Ländern.

Wie kann nun Vielfalt gefördert werden? Die Erhöhung von Handelsbarrieren kann keine Antwort sein, weil dadurch die Wahlmöglichkeiten beschränkt werden. Der Vielfalt würde es eher zugute kommen, wenn statt einer Erhöhung der Zolltarife die Kulturindustrie unterstützt wird. Argentinien, Brasilien und Frankreich haben erfolgreich mit Produktionssubventionen und Steuervergünstigungen für ihre Kulturindustrie experimentiert, ohne dass dadurch der Zustrom kultureller Erzeugnisse aus Übersee auf den lokalen Markt unterbrochen wurde. In Ungarn werden sechs Prozent der Fernseheinnahmen zur Förderung einheimischer Filmproduktionen abgezweigt. Ägypten nutzt öffentlich-private Partnerschaften, um die Infrastruktur seiner Filmindustrie zu finanzieren.

Zuwanderung

Sollten Zuwanderer sich anpassen müssen oder sollten deren Kulturen anerkannt werden? Drei Grundsätze sind hierbei von entscheidender Bedeutung: die Vielfalt zu respektieren, Mehrfach-Identitäten anzuerkennen und gemeinsame Gefühle der Zugehörigkeit zur lokalen Gemeinschaft aufzubauen. Kein Land hat jemals Fortschritte erzielt, indem es seine Grenzen ge-

schlossen hat. Internationale Wanderungsbewegungen tragen Fähigkeiten, Arbeitskraft und Ideen heran und bereichern das Leben des Menschen. So wie Traditionalismus und religiöse Gebräuche, die gegen die Menschenrechte verstoßen, nicht zu rechtfertigen sind, so ist auch erzwungene Anpassung keine gangbare Lösung.

Identitäten sind kein Nullsummenspiel. So berichtet eine Malaysierin, die in Norwegen lebt: *„Ich werde oft gefragt, wie lange ich schon hier bin; meine Antwort lautet: ‚20 Jahre‘. Als nächstes bekomme ich dann oft zu hören: ‚Oh, dann sind Sie ja fast schon eine Norwegerin!‘ Man geht also davon aus, dass ich im Laufe der Zeit weniger malaysisch geworden wäre – denn man betrachtet Identität gemeinbin als Nullsummenspiel: je mehr man von der einen Identität annimmt, desto weniger bleibt von der anderen übrig. Man stellt sich Identität irgendwie als eine quadratische Schachtel von festgelegter Größe vor.“*

Die Politik der meisten Länder ist von zwei verschiedenen Herangehensweisen an Einwanderung geprägt: Differenzialismus (Migranten bewahren sich ihre Identität, integrieren sich aber nicht in die übrige Gesellschaft) und Assimilation (ohne die Wahlmöglichkeit, seine bisherige Identität zu bewahren). Es werden jetzt aber neue Ansätze der Multikulturalität eingeführt, die Mehrfach-Identitäten anerkennen. Dazu gehört die Förderung von Toleranz und kulturellem Verständnis, aber auch speziell die Rücksicht auf religiöse Gebräuche, Kleidung und andere Aspekte des Alltagslebens. Es gehört auch dazu, sich einzugestehen, dass Einwanderer, die ausgebeutet werden, nicht für sich selber sprechen können und verunsichert sind, und Integrationshilfen wie zum Beispiel Sprachunterricht und Arbeitsvermittlung zu gewähren.

Es gibt Länder, die die bürgerlichen Mitbestimmungsrechte auch auf Nicht-Staatsbürger ausdehnen – man nennt dies „Teilstaatsbürgerschaft“ (in Belgien und Schweden). Und mehr als 30 Länder anerkennen nun die doppelte Staatsbürgerschaft. Um Fehleinschätzungen und Vorurteile abzubauen, gewährt das Amt des Beauftragten für Integration und Mi-

gration des Senats von Berlin Zuschüsse an Einwandererorganisationen, setzt Kampagnen zur Information der Öffentlichkeit ein und bietet Rechtsberatung in 12 Sprachen an, um bei der Jobsuche zu helfen und das Problem der Diskriminierung anzugehen.

Diese Politik ist jedoch nicht unumstritten. Zweisprachiger Unterricht in den USA und das Tragen des Kopftuchs in Frankreich sind Themen, bei denen sich die Geister scheiden. Manche befürchten, dass dadurch einige der fundamentalsten Werte der Gesellschaft in Frage gestellt werden – wie beispielsweise das Bekenntnis zur Übernahme der amerikanischen Kultur oder, in Frankreich, die Grundsätze des Säkularismus und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

* * *

Die Ausweitung kultureller Freiheiten ist ein bedeutsames Ziel bei der menschlichen Entwicklung, und eines, dessen wir uns im 21. Jahrhundert dringend annehmen müssen. Alle Men-

schen wünschen sich, dass man sie so sein lässt, wie sie sind. Alle Menschen wünschen sich die Freiheit, ihrer Identität als Angehörige einer Gruppe mit gemeinsamen Bekenntnissen und Werten Ausdruck zu verleihen – ob in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit, Sprache oder Religion, oder in Bezug auf Familie, Beruf oder Berufung.

Die Globalisierung treibt einen ständig zunehmenden Austausch zwischen den Menschen auf der Welt voran. Die Welt braucht sowohl eine größere Anerkennung der Vielfalt als auch ein stärkeres Bekenntnis zur Einheit. Der Einzelne muss seine starre Identität ablegen, wenn er sich in eine vielfältige Gesellschaft einbringen und die kosmopolitischen Werte der Toleranz und des Respekts für universale Menschenrechte wahren will. Dieser Bericht liefert eine Grundlage für die Diskussion darüber, wie die Länder dies schaffen können. Wenn die noch junge Geschichte des 21. Jahrhunderts uns etwas gelehrt hat, dann das: Es gibt keine Möglichkeit, diesen Fragen auszuweichen.

Der Einzelne muss seine starre Identität ablegen, wenn er sich in eine vielfältige Gesellschaft einbringen und die kosmopolitischen Werte der Toleranz und des Respekts für universale Menschenrechte wahren will

